Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 418 — Jahrgang 214

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 1.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 13. September

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile (0) 4. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Das bayrische Gesamtministerium zurückgetreten

Wirth über die „neue" politische Lage

Sozialistische Pöbeleien im Ueberwachungsausschuß

b. Berlin, 12. September.

Der heute morgen um zehn Uhr zusammengetretene Ueberwachungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der Entschließung des bayerischen Landtagsausschusses über die Gestaltung der Ausnahmeverordnung.

Abg. Dr. Beyerle (Bayer. Vp.) kennzeichnete in seinen Ausführungen die augenblickliche Lage der bayerischen Krisis, den Inhalt der Kompromißverhandlungen zwischen der Reichsregierung und einer bayerischen Vertretung vom vergangenen Mittwoch (7. September), wonach der Wortlaut der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 einer erneuten revidierten Fassung unterzogen werden solle. Ueber das Maß des Berliner Kompromisses hinaus verlange der ständige Ausschuß des bayerischen Landtags durch die Mehrheit seiner Koalitionsparteien nach zwei Richtungen hin noch ein weiteres Entgegenkommen seitens der Reichsregierung. Durch Abänderung des Paragraph 4 der Verordnung sollten jetzt für die Verbote der Zeitungen usw. die Landeszentralbehörden und die von ihnen betrauten Stellen zuständig seien, d. h. die Exekution der Verbote sollte in größtem Umfange den Ländern überlassen bleiben. Bezüglich Paragraph 7 der Verordnung soll eine Beschwerde gegen etwaige Verbote dem Obersten Gericht des Landes vorzulegen sein.

Grund dieses Verlangens sei die in Bayern allgemein verbreitete Befürchtung einer Beeinträchtigung der bayerischen Polizeigewalt. Der Ernst der Situation ergebe sich aus der Tatsache, daß die neuerlichen Münchener Forderungen von sämtlichen Parteien der bayerischen Koalition, einschließlich der Mittelpartei (Deutschnationalen Partei), gestellt sind und daß ihnen selbst die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie nicht widersprochen haben. Es dürfe in Berlin nicht vergessen werden, daß der übergroße Teil des bayerischen Volkes noch heute den Ausnahmezustand für erforderlich, seine Aufhebung für gefährlich, die Inszenierung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 einseitig gegen rechts gerichtet, ihren Inhalt überdies für den bayerischen Staat, der bisher in eigenem Recht seinen Schutz gefunden hatte, verletzend erachtet und die ganze Aktion als einen mit den Grundsätzen des Bundesstaates nicht zu vereinbarenden Eingriff in die Polizeihoheit der Länder empfindet. Der Fall habe gelehrt, daß die Handhabung der Exekutive durch die Reichsgewalt in einer dem Gesamtwohl abträglichen Weise politische Erschütterungen schwerster Art ausgelöst hat, die im vaterländischen Interesse vermieden werden mußten.

Reichskanzler Dr. Wirth

erkennt an, daß Abg. Dr. Beyerle (Bayer. Vp.) sich bemüht habe, in sachlicher Darstellung ein Bild von der Lage sowohl in Bayern wie im Reich zu geben; er habe auch einige Ausführungen gemacht, auf die er im Rahmen einer allgemeinen Erörterung wohl eingehen könnte, die er aber zunächst zurückstelle. Der Reichskanzler legt dar, daß die Fassung des § 4, wie die Herren sie nach München mitgebracht hätten, auf Anregung bayerischer Vertreter zurückgehe, aber in München keine Annahme gefunden habe. Sie lautet:

Die Verbote und Beschlagnahmen werden von den Landeszentralbehörden und den von ihnen bestimmten Stellen aus eigener Entschließung oder auf Ersuchen des Reichsministers des Innern erlassen.

Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so hat sie dieses spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mitzuteilen, der alsdann befugt ist, die Anordnung selbst zu erlassen, deren Durchführung den Landeszentralbehörden obliegt.

Zur allgemeinen Lage glaube er nun folgendes sagen zu können: Abg. Beyerle habe die Frage gestellt: Wird heute die Annahme der Forderungen der bayerischen Koalitionsparteien hier zu erwarten sein? Nun liegen offizielle Aeußerungen der bayerischen Regierung, die insbesondere auf eine Fixierung der Wünsche dringen könnten, noch nicht vor. Er habe sich nur kurz mit dem bayerischen Gesandten, Herrn von Preger, unterhalten können. Er nehme auch an, daß die bayerischen Koalitionsparteien entweder von sich aus oder durch die Regierung neue Verhandlungen hier eröffnen würden. Bisher sei ihm ein Führer dieser Verhandlungen noch nicht genannt worden. Es sei also ganz unmöglich, heute abschließend dem Verlangen der bayerischen Koalitionsparteien zu entsprechen. Gegenüber einem Zuruf des Abg. Dr. Beyerle, daß er das Wort „heute" nicht gebraucht habe, bemerkt der Reichskanzler, daß er sich sofort dieses Wort notiert und sich gleich gedacht habe, daß das wohl ein Irrtum sein müsse. (Abg. Beyerle: Sicherlich!)

Der Reichskanzler fährt dann fort: **Durch den Rücktritt des Herrn Ministerpräsidenten v. Kahr ist eine neue politische Situation geschaffen worden.** Zu dem Referat, das die bayerischen Herren uns eben durch den Mund des bayerischen Abgeordneten Dr. Beyerle erstattet haben und zu den Mitteilungen, die wir von der bayerischen Regierung wohl noch offiziell bekommen werden, wird die Reichsregierung Stellung nehmen müssen. Ich lasse heute keinen Zweifel darüber, daß es uns nur erwünscht sein kann, daß wir rasch in eine solche Aussprache mit dazu berufenen Herren eintreten können: wenn das noch heute geschehen kann, ist mir das erwünschter, als wenn es erst morgen geschieht. Ich bin auch durchaus der Auffassung, daß es im Hinblick auf die letztihin geführten Verhandlungen nicht als unmöglich erscheint, zu einer annehmbaren Basis zu kommen. Ich betone aber noch einmal im Hinblick auf die hier geführten Verhandlungen: Ich warte diese Besprechung mit bayerischen Vertretern ab, um dem Ausschuß hernach so schleunigst wie nur möglich und abschließend die Stellung der Reichsregierung mitteilen zu können.

Bayerischer Gesandter v. Preger glaubt, daß das Bild, das der Herr Reichskanzler von der Verhandlung gegeben habe, in dieser Hinsicht doch etwas unvollständig sei. Die Sache war folgendermaßen: Nachdem am vorigen Donnerstag allgemein davon die Rede war, daß § 4 von der Reichsregierung entgegenkommend geändert werden könnte, wurde von einer kleinen juristischen Kommission eine Fassung des § 4 vorgenommen, die in dem entscheidenden Schlußsatz folgendermaßen lautet: „Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so hat sie spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens die Entscheidung des in § 7 vorgesehenen Ausschusses des Reichsrates anzurufen."

Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion

Staatsminister Hergt

befürwortete im Gegensatz dazu warm die Entschließung der bayerischen Koalition, und zwar besonders im Hinblick auf die ungeheuer erregte Stimmung in weiten Kreisen der bayerischen Bevölkerung.

Abg. Hergt betonte, daß die Deutschnationale Volkspartei gar eher noch für die Forderung des Herrn von Kahr eintreten möchte, da man es der bayerischen Regierung überlassen müsse, zu entscheiden, in welchem Zeitpunkte der Ausnahmezustand aufgehoben werden könne. Mit Rücksicht jedoch auf die durch den Rücktritt Kahrs geschaffene Lage forderte Abg. Hergt von der Regierung energisch eine Annahme der Koalitionsentschließung und mißbilligte die Zurückhaltung des Reichskanzlers Wirth.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es dann zu stürmischen Zwischenfällen zwischen den Unabhängigen und den Deutschnationalen. Der unabhängige Abgeordnete Dittmann nannte die Deutschnationale Volkspartei in seiner Rede eine Mörderpartei.

Als die deutschnationalen Vertreter diese Ausdrucksweise eine Verleumdung nannten, rief der Unabhängige Rosenfeld dazwischen, sie sollten doch nicht so tun, als ob sie nichts von der Sache wüßten. Die deutschnationalen Vertreter verlangten daraufhin von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Abg. Meerfeld, Genugtuung für diese Beschimpfung, erzielten aber mit diesem Verlangen nur das merkwürdige Ergebnis, daß die unabhängigen Verleumder in Schutz genommen wurden. Als Antwort auf diese „unparteiische" Haltung des Vorsitzenden verließen die deutschnationalen Vertreter die Sitzung.

Um ½2 Uhr wird die Sitzung des Gesamtausschusses auf Donnerstag vormittag 10 Uhr vertagt, mit dem Recht des Vorsitzenden, falls die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Bayern noch nicht zum Abschluß gelangt sind, die Sitzung darüber hinaus zu vertagen.

Mit Kahr solidarisch

w. München, 12. September.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Das Gesamtstaatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Lage erörtert. Schließlich ist das Gesamtministerium zurückgetreten. Nach § 46 der Verfassung führen die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

*

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz erkennt bereits, daß es wohl nur einen Weg gibt, nämlich den:

Zurück zu Kahr!

Das geht aus der parteioffiziösen Darstellung der Bayerischen Volksparteikorrespondenz hervor, die von tiefer Erregung, Schmerz und Trauer spricht. Das parteioffiziöse Organ erklärt ausdrücklich, daß auch heute noch Kahr der Mann des Vertrauens der Koalitionsparteien und der großen Mehrheit des bayerischen Volkes ist und hofft, daß er sich in letzter Stunde zu dem großen persönlichen Opfer durchringen möge, auch fernerhin dem Lande seine Dienste zur Verfügung zu stellen, da die Gegensätzlichkeiten der Auffassung nicht so riesengroß seien, daß sie nicht überwunden werden könnten. Das Organ der Bayerischen Volkspartei erklärt, daß die Abstimmung der Bayerischen Volkspartei kein Akt des Mißtrauens gegen Kahr war, sondern daß sie nur aus dem Grunde gegen den Vorschlag der Staatsregierung erfolgte, weil die Bayerische Volkspartei glaubte, auf diesem Wege eher einen Ausgleich mit der Reichsregierung finden zu können. Die Bayerische Volksparteikorrespondenz verlangt ruhige Nerven, es dürften nicht Parteisuppen gekocht werden. Die Kurzsichtigkeit der Reichsregierung wird als der Grund der ganzen schweren Krisis, in die Bayern verwickelt worden ist, bezeichnet. Die Bayerische Volksparteikorrespondenz verlangt ruhige, abwägende Einsicht auf allen Seiten. Aus dieser Sachlage geht klar und deutlich hervor, daß die Bayerische Volkspartei die beste Lösung darin sehen würde: „Zurück zu Kahr".

Der neue Regierungsentwurf

Das Kompromiß, das die Reichsregierung der bayerischen Regierung vorgelegt hat, besteht in folgender neuer Fassung der Reichsverordnung vom 29. August: Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für das deutsche Reichsgebiet folgendes vereinbart:

§ 1. Periodische Druckschriften, deren Inhalt zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der republikanisch-demokratischen Staatsform, deren Verfassung oder verfassungsmäßigen Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder, zu Gewalttaten gegen Personen des öffentlichen Lebens, zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder reichsgültigen Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auffordert oder anfreizt, können für die Dauer bis zu 14 Tagen verboten werden. Gleiches gilt für periodische Druckschriften, deren Inhalt eine Billigung oder Verherrlichung solcher Handlungen darstellt oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer dem inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich macht. Das Verbot kann auf die Dauer von 3 Monaten ausgedehnt werden, wenn die Druckschrift nach vorherigem Verbot nochmals gegen die Bestimmungen des Absatz 1 verstößt. Das Verbot gilt für das gesamte Reichsgebiet und umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sichtlich als die alte darstellt.

§ 2. Eine Beschlagnahme von Druckschriften ohne rechtliche Anordnung ist außer in den Fällen Seite 28 Nr. 132 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 auch dann zulässig, wenn der Inhalt der Druckschrift unter die Voraussetzung eines Verbots nach § 1 Absatz 1 fällt.

§ 3. Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und andere Kundgebungen können außer den Fällen des Artikels 123 der Reichsverfassung verboten werden, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in den Versammlungen usw. Erwägungen stattfinden, die zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der republikanisch-demokratischen Staatsform, deren Verfassung oder verfassungsmäßigen Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder zu Gewalttaten gegen Personen des öffentlichen Lebens, zum Ungehorsam gegen die Gesetze oder reichsgültigen Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auffreizen, solche Handlungen billigen oder herherrlichen oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer dem inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen.

§ 4. Die Verbote und Beschlagnahmungen werden von den Landeszentralbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen aus eigener Entschließung oder auf Ersuchen des Reichsministers des Innern erlassen. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Ersuchen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so hat sie dies spätestens am 2. Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mitzuteilen, der alsdann befugt ist, die Anordnung selbst zu erlassen, deren Durchführung der Landeszentralbehörde obliegt.

§ 5. Wer eine nach § 1 verbotene Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen belegt.

§ 6. Wer eine nach § 3 verbotene Versammlung usw. veranstaltet oder in einer solchen verbotenen Versammlung usw. als Redner auftritt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark und mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wer an einer solchen verbotenen Versammlung usw. teilnimmt, mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 7. Gegen ein Verbot nach §§ 1 und 3 und eine Beschlagnahme nach § 2 ist die Beschwerde zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzureichen, die sie, falls sie ihr nicht abhilft, unverzüglich dem vom Reichsrat bestellten Ausschuß zur Entscheidung vorlegt. Der Reichsrat wählt die Mitglieder des Ausschusses und ihre Stellvertreter aus seiner Mitte. Der Ausschuß entscheidet in der Besetzung von 7 Mitgliedern, die nach eigener freier Ueberzeugung erkennen. Den Vorsitz führt ohne Stimmrecht der Reichsminister des Innern oder ein von ihm bestimmter Stellvertreter.

§ 8. Der Reichsminister des Innern erläßt die erforderlichen Ausführungsvorschriften.

§ 9. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Ankündigung in Kraft und an Stelle der Verordnungen vom 29. und 30. August 1921, Reichsgesetzblatt Seite 1239 und 1249.

Wenn die Reichsregierung die vorstehenden Bestimmungen mit dem wohlwollenden Namen Kompromiß bezeichnet, so tut sie ihrem Entwurf selber bitteres Unrecht. Denn hier liegt durchaus kein Kompromiß vor, sondern es handelt sich darum, die Knebelungsverordnung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109131-12/fragment/page=0001

einfach durchzusetzen. Das geht besonders klar aus der Fassung des § 4 hervor, die einen Einspruch der Landeszentralbehörde einfach illusorisch macht und ihn auf eine bloße Formalität beschränkt, da die Entscheidung doch immer bei dem Reichsminister des Innern bleibt. Auch die Ausführungsbestimmungen werden nach § 8 einseitig von dem Reichsminister des Innern ohne irgend welche Einschränkung durch Rücksichten auf die Einzelländer erlassen. Der einzige Unterschied, den dieses „Kompromiß" der Knebelungsverordnung gegenüber aufweist, besteht darin, daß die Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform durch „Personen des öffentlichen Lebens" ersetzt worden sind, was in keiner Form irgend eine Klärung bedeutet. Was sind denn in diesem Fall „Personen des öffentlichen Lebens" überhaupt? Das „Kompromiß" stellt also in keiner Weise ein Entgegenkommen gegen die Rechte Bayerns dar. Nimmt die bayerische Regierung diesen Vorschlag an, dann ist sie allen Versuchen ausgesetzt, die dahin abzielen, ihren autoritativen Kredit zu untergraben; dann räumt sie dem Minister des Innern Rechte ein, die von ihrem Standpunkte aus gesehen sehr bedenklich sein müssen. Und daß Herr Dr. Gradnauer selbst dann, wenn man ihm der allerbesten Willen unterstellt, nicht aus seiner Haut herauskann, das zeigt die Behandlung der kommunistischen Blätter im Gegensatz zu der der deutschnationalen.

Staatsminister Hergt über die sozialistische Hetze

In der Sonnabend-Abendausgabe des „B. T." veröffentlicht Regierungsrat Dr. Weiß vom Polizeipräsidium Berlin einen Artikel „Der politische Mord", der sich mit der Ermordung Erzbergers und den daraus entstandenen innerpolitischen Folgen beschäftigt. Da immerhin der Inhalt darauf schließen läßt, daß dem Verfasser amtliches Material für seine Ausführungen zur Verfügung gestanden hat und da am Schlusse Anregungen gegeben sind, zu denen die Führer aller politischen Parteien Anlaß haben werden, alsbald Stellung zu nehmen, hat sich der „Tag" sofort an den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister Hergt, mit der Bitte gewandt, seine Ansicht über die Ausführungen des Regierungsrats Dr. Weiß mitzuteilen. Staatsminister Hergt entsprach der Bitte bereitwilligst und äußerte sich folgendermaßen:

Der Verfasser scheint mir von einer völlig einseitigen Parteinahme auszugehen, wenn er die Sachlage so darzustellen sucht, als ob die angebliche Mordatmosphäre — es scheint dabei auch an putschistische Absichten gedacht zu sein — auf Unternehmungen rechtsgerichteter Kreise, die im Erzberger-Mord ihren ersten Ausdruck gefunden hatten, zurückzuführen sei. Allerdings wird dann an anderer Stelle ausgeführt, daß Druck Gegendruck erzeuge, so daß heute auch führende Persönlichkeiten der Rechten durch Gewalttaten von links bedroht erscheinen. Im wesentlichen aber wird doch die Schuld für die angeblich so bedrohliche Lage bei der Rechten gesucht.

Niemand weiß bisher, auf welche Motive tatsächlich der Mord an Erzberger zurückzuführen ist. Damit entfällt aber die Berechtigung, aus dieser Tat auf eine Mordatmosphäre in rechtsgerichteten Kreisen zu schließen. Dagegen könnte allerdings die hemmungslose Hetze, die seit dem Tode Erzbergers unter Mitschuld der Regierung gegen alle nationalgesinnten Kreise eingesetzt hat, durchaus geeignet sein, die Leidenschaften so aufzupeitschen, daß daraus Wahnsinnstaten geboren werden könnten. Der Deutschnationalen Volkspartei ist von irgendwelchen derartigen Plänen nicht das geringste bekannt geworden. Bei meiner Besprechung mit dem Reichskanzler hat dieser aber behauptet, tatsächliches Material dafür zu besitzen, daß Gewalttaten in ultrarechtsgerichteten Kreisen für die nächste Zeit geplant seien, ohne damit allerdings die Deutschnationale Volkspartei belasten zu wollen. Diese Behauptungen sind uns in den letzten Tagen von einer anderen Regierungsstelle bestätigt worden, wobei wiederum hinzugefügt wurde, daß die Deutschnationale Volkspartei mit diesen Plänen nichts zu tun habe. Ja, man glaube sogar Grund zu der Annahme zu haben, daß die betreffenden Kreise absichtlich unsere Partei im Unklaren hielten, offenbar in dem Bewußtsein, bei der Partei für solche Pläne nur schroffste Ablehnung zu finden, wenn man vielleicht auch glaube, durch vollendete Tatsachen auf uns einwirken zu können. Der Reichskanzler hat an seine Mitteilungen das dringende Ersuchen geknüpft, auch unsererseits mit allem Nachdruck unseren Einfluß auf alle uns zugänglichen Kreise geltend zu machen, um sie von Rechtsbrüchen abzuhalten. Auch Regierungsrat Dr. Weiß kommt zu dem Ergebnis, daß die Atmosphäre nur durch beruhigende Einwirkung der Führer aller politischen Parteien gereinigt werden könne.

Von mir ist schon bei meiner Rücksprache mit dem Reichskanzler der Standpunkt eingenommen worden, daß es in erster Linie Sache der Regierung sei, in dieser Weise vorzugehen, nachdem ihr bisheriges Verhalten zur schwersten Beunruhigung des Volkes wesentlich mit beigetragen habe. Ich habe es aber zugleich für selbstverständlich erklärt, daß die Deutschnationale Volkspartei sich ihrerseits zu einer entsprechenden Maßnahme zur Verfügung stelle. Sie folgt damit nur dem, was sie schon wiederholt in feierlichster Form zum Ausdruck gebracht hat. **Wir lehnen grundsätzlich das Vorgehen mit Gewalt im innerpolitischen Kampfe ab.** Wer zum Mittel der Gewalt greift, stellt sich dadurch außerhalb der Partei. Nicht eine gemeinsame Lösung kann uns frommen, vielmehr vertrauen wir zuversichtlich darauf, daß sich unsere gute Sache in einer völlig gesetzmäßigen, friedlichen Entwicklung von selbst durchsetzen wird. Wohl ist die Empörung und Entrüstung bei unseren Anhängern über die Verfolgungen, denen alle nationalen Regungen zurzeit ausgesetzt sind, riesengroß und durchaus verständlich. Nichts wäre aber verfehlter, als sich dadurch zu Unüberlegtheiten hinreißen zu lassen und so hinterher den Angreifern die Gründe für ihre Hetze zu liefern, die ihnen bisher fehlen. Ich kann deshalb nur dringend mahnen, daß alle, die sich zu uns halten, sich nicht vom Boden des Gesetzes abbringen lassen. Wenn diese Auffassung Gemeingut aller politischen Bevölkerungskreise wird, dann hoffe ich zuversichtlich, daß es trotz allem gelingen wird, den schwer bedrohten inneren Frieden wieder herzustellen.

Das „Deutsche Wihblatt" verboten. Auf Grund des § der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August ist vom Reichsminister des Innern das im Verlage von Richard Kunze in Berlin-Friedenau erscheinende „Deutsche Wihblatt" für die Zeit vom 10. bis einschließlich 28. September 1921 verboten werden.

Die Unübersichtlichkeit der Steuern

Die Steuergesetze im Reichswirtschaftsrat

w. Berlin, 12. September.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat begann heute vormittag 11 Uhr seine zwanzigste Sitzung. Vorsitzender Edler v. Braun betonte die Notwendigkeit, die Beratung der Steuergesetze noch in dieser Woche zu Ende zu führen.

Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurde Oberbürgermeister Mitlaff als Vertreter der Abteilung III mit 197 von 204 Stimmen gewählt. Bei der hiernach folgenden Beratung der Steuergesetze wurden die inzwischen gestellten Anträge mit der Beratung verbunden. Zur Rennwettsteuer erstattete Schriftsteller Abg. Bernhard den Bericht des Reparationsausschusses. Während die Regierung die Steuer für den Totalisator auf 16⅔ Prozent, für die Buchmacher auf 10 Prozent festsetzen will, beantragt der Ausschuß, sie für den Totalisator auf 20, für die Buchmacher auf 14 Prozent zu normieren. Ein Antrag v. Braun will die Steuer gleichmäßig von beiden auf 20 Prozent festsetzen, da einem Rückgang der Totalisatorergebnisse vorgebeugt werden müsse. In der Abstimmung wird die Vorlage gemäß dem Ausschußantrage angenommen. Die Totalisatorsteuer wird auf 20 Prozent, die Buchmacherabgabe ebenfalls auf 20 Prozent gemäß Antrag v. Braun mit 107 gegen 96 Stimmen festgesetzt. Nunmehr folgt die Generaldebatte zu den Steuergesetzen. Ein Antrag Dr. Berthold, der verlangt, daß sämtliche Steuern als ein einheitliches Gesetz verabschiedet werden sollten, wird angenommen. — Oberbürgermeister Mitlaff beantragt die Ausarbeitung von Vorschlägen für eine neue Organisation der Steuerbehörde dergestalt, daß die Organisation der Länder, Gemeinden und anderer Selbstverwaltungskörper für Reichszwecke nutzbar zu machen sind. Der Antrag wird angenommen. Arbeitgebervertreter Dr. Henkel beantragt, die Steuerbefreiung der öffentlichen Körperschaften, soweit sie gewerbliche Unternehmungen betreffen, zu streichen. Der Antrag Henkel wird an den Reparationsausschuß verwiesen.

Dienstag 10 Uhr vormittags Weiterberatung. Schluß 2 Uhr nachmittags.

*

Der Reichswirtschaftsrat gibt zu dem Gesamtstrauß der ihm eingeln vorgelegten Steuervorlagen folgende Erklärungen ab:

1. Der Reichswirtschaftsrat stellt als oberstes Grundsatz jeder großen Steuergesetzgebung überhaupt und im besonderen der gegenwärtigen fest, daß die Grenzen der Belastungsfähigkeit der Wirtschaft im einzelnen unter Berücksichtigung der gesamten öffentlichen Belastung zu ziehen sind. Der Reichswirtschaftsrat war bei seinen Beratungen jedoch nicht in der Lage, diesem Grundsatz gerecht zu werden — und seine Gutachten beziehen sich deshalb nur auf die einzelne Vorlage je für sich — sowohl, weil die verschiedenen Vorlagen ihm einzeln und zusammenhanglos zugegangen sind, als auch, weil in vielen Fällen Ertragsschätzungen von der Regierung nicht zu erlangen waren. Wenn der Reichswirtschaftsrat trotzdem seine Mitarbeit nicht versagt hat, so ist das nur im Hinblick auf seine entsprechende Zusage und auf den unmittelbaren Zwang geschehen, trotz der Kürze der Zeit und selbst unter Hintanstellung wichtiger Gesichtspunkte versuchen zu müssen, die Reparationsverpflichtungen nach Möglichkeit zu erfüllen.

2. Als Gesamtergebnis der Beschäftigung mit den verschiedenen Steuervorlagen ist jedoch folgendes hervorzuheben:

a) Die Steuergesetzgebung droht nicht nur, unübersichtlich zu werden, sondern sie ist es schon geworden. Es ist deshalb eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des gesamten Steuerrechts zur unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden; dies um so mehr, als die Unübersichtlichkeit der Veranlagungsvorschriften und die Unklarheit der Begriffsbestimmungen in vielen Fällen die Arbeit der Finanzämter nicht nur erschwert, sondern die schleunige Arbeit unmöglich macht, mit der gerade die gegenwärtigen Verhältnisse der Geldschwankung und der Dringlichkeit der Deckung des Reparationsbedarfs sowie das Ziel der Erreichung eines möglichst hohen Steuerertrages besonders rechnen müssen.

b) Die nämlichen Gegenstände werden der Besteuerung nicht nur durch die Länder und die Gemeinden, sondern auch zum Teil durch das Reich zugleich unterworfen. Die Gesamtbelastung mit den verschiedenen Steuerarten erreicht deshalb vielfach eine Höhe, daß sie stellenweise zu einer Ueberstürzung führt und damit eine Gefährdung für die Wirtschaftsführung geworden ist. Andererseits muß erkannt werden, daß durch die letzten Steuerreformen die Steuerquellen der Länder und Gemeinden so sehr beschnitten worden sind, daß die letztgenannten Körper zum Teil nicht mehr in der Lage sind, die dringendsten ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen, und zum Teil sogar vor der Gefahr des Zusammenbruchs stehen. Deshalb betont der Reichswirtschaftsrat nachdrücklich die Notwendigkeit einer baldigen Ergänzung der Reichssteuergesetzgebung in der Richtung, daß nirgends die Gesamtbelastung durch Reich, Länder und Gemeinden die Grenzen des wirtschaftlich Erträglichen überschreitet. Gesetzliche Höchstsätze und klare Zuständigkeiten der einzelnen Träger der Steuerhoheit unter Festlegung ihrer selbständigen Verantwortlichkeit sind zu schaffen.

c) Alle dem Reichswirtschaftsrat vorgelegten Steuern sind im Hinblick auf die Ausführungen unter 1 als einheitliches Ganzes von der Gesetzgebung zu verabschieden; es wird dabei besonders darauf zu achten sein, daß die jetzt betroffenen Besteuerungsgegenstände durch die Gesamtheit der steuerlichen Belastung in ihrem Bestande nicht derart angegriffen werden, daß dadurch die Neubildung von Vermögen und damit der Wiederaufstieg der Wirtschaft verhindert wird.

Der Berliner Streik

Berlin, 12. September.

Das wirtschaftliche Leben Berlins hat heute eine neue schwere Erschütterung erfahren. Die Angestellten der Städtischen Elektrizitätswerke und die der Gaswerke sind, wie bereits berichtet, in den Ausstand getreten und haben dadurch den Arbeitern die Möglichkeit genommen, die Arbeiten zu verrichten, die zur Erzeugung und Weiterleitung des elektrischen Stromes erforderlich sind. Infolgedessen war der Straßenbahnverkehr innerhalb Berlins vollständig unterbunden. Nur einige Linien, die von der Stromversorgung der St. E. W. unabhängig sind, fahren. Der Grund des Ausstandes ist die Weigerung des Magistrats, den Angestellten der St. E. W. einen neuen Tarifvertrag zu geben, vielmehr will der Magistrat diese Angestellten auch zu Beamten machen. Die Verhandlungen darüber gehen schon einige Zeit. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß im Interesse einer geordneten Geschäftsführung und einheitlichen Gestaltung des Betriebes diese kleine Gruppe der Angestelltenschaft ebenfalls dem Beamtenkörper einverleibt werden müsse, während diese Angestellten „sich nicht unter die Knute" stellen wollen, sondern im freien Tarifvertrag ihre Interessen besser zu vertreten glauben. Der Zentralverband der Angestellten steht hinter ihnen und will nicht zugeben, daß sie Beamte werden.

Wie wir hören, finden Besprechungen im Berliner Polizeipräsidium über einen Einsatz der Technischen Nothilfe statt, um zunächst eine Stromversorgung der lebenswichtigen Betriebe, Krankenhäuser und dergleichen zu ermöglichen. Oberbürgermeister Dr. Boeß hatte am heutigen Vormittag eine längere Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister, die sich mit der durch den Streik geschaffenen Lage befaßte.

Rose Ferron

31] Roman von Liesbet Dill, Halle a. S.

(Nachdruck verboten.)

Viele Kameraden fühlten sie nicht, sie gähnten im Kasino, vertranken ihre Unruhe, verspielten die Nächte und nahmen es leicht. Der Rausch umfängt phantasievolle, empfängliche Gemüter. Wie ein Zauber, wie ein Gift. Er überließ sich ihm...

Er begann ihren Worten nachzusinnen, gab ihnen auf seinen einsamen Ritten eine besondere Bedeutung, die ein Bejahen seiner leidenschaftlichen Fragen enthielt. —

Der Sinn für landschaftliche Schönheit ging ihm hier auf. Er besuchte Kathedralen, um den mystischen Prunk auf sich wirken zu lassen, und er wirkte auf ihn, obwohl er nicht dieser Kirche angehörte. — Musik, Theater, Konzerte, Gesellschaften drängten sich hier.

An einem heißen Junisonntag traf ihn Frau Fenz, die gerade zum Bahnhof ging. Er schloß sich ihr an, die Hände in den Taschen seines Mantels vergraben, eine Zigarette im Mund, die Mütze etwas schief gesetzt. „Sie sehen so unternehmend aus", meinte Frau Fenz. „Ich fahre eben nach Gorze, fahren Sie mit?"

Er fuhr mit. Und sie verlebten einen Sonntag in dem abgelegenen kleinen Städtchen. Gingen in eine Kirche, sahen ein altes verwahrlostes Schloß in einem verwilderten Park, das einem französischen Bankier gehörte, der es weder bewohnte noch verkaufte, und speisten bei Madame Habillon ein endloses Menü, das mit Krebsen anfing und mit Hummer schloß. Dann setzten sie sich auf eine Wiese, ins Heu, Frau Fenz hielt Mittagsschlaf, während Wilczeck dalag, in den Himmel schaute und träumte.

Und er sah sie... ihr Bild verfolgte ihn.

Nach jedem Fest deklamierte Börner, und er hatte auch gestern bei dem Liebesmahl wieder nach Mitternacht angefangen in dem raucherfüllten Zimmer Verse zu sprechen. Niemand hörte ihn zu, nur Wilczeck, der den Blick versetrunkenen Dichters auf sich ruhen fühlte.

„Ich bin der Page von Hochburgund
und trage der Königin Schleppe.
Heut lacht ihr Mund, heut lacht ihr Mund,
auf marmorner Pfeilerreppe. —
Page, was hobest du heimlichertweis'
zur Lippe der Schleppe Litzen?
Page, ich glaube, du küßtest leis
am seidenem Saume die Spitzen..."

Die anderen sprachen, rauchten und spielten weiter. Aber er horchte auf... Lag Absicht darin oder fühlte und hörte er schon überall das Mißtrauen heraus?

„Und wollt ihr das Ende wissen?
Es schweigt mein Mund,
weil er schweigen muß
von einer Königin Küssen..."

Die anderen fanden, daß es für heute genug war, aber Börner hatte sich eben Mut getrunken und fuhr fort zu deklamieren. Dann kam die berühmte „Gräfin Monbijou", „Der erste Tag im Karneval, der erste Tag, der machte es." Alle horchten auf. Was hatte Börner denn nur mit Wilczeck. Der lange magere Adjutant beobachtete Wilczeck heimlich, dessen Hände nervös die Karten mischten. Er war bleich geworden.

Er fühlte, es war bekannt, daß er sie liebte. Und mit einmal kam's über ihn. Gut, mochte es doch, er konnte nichts mehr daran ändern, es mochte kommen, wie es kommen mußte.

„Haben Sie ein Verhältnis mit Frau Fenz?" fragte ihn am anderen Tage der Adjutant.

Wilczeck lächelte mitleidig.

„Schade!" sagte jener und warf Wilczeck einen prüfenden Blick zu.

„Schade, warum?"

„Es hätte mich beruhigt", gab der andere lässig zurück... „Man spricht allerlei von Ihnen..."

Wilczeck hätte leicht fragen können, was spricht man? Aber etwas warnte ihn. Er wollte nicht, daß ihr Name genannt wurde. Er sah entschlossen den anderen an, sehr ruhig, meisterte sich.

„Ja, ja, Wilczeck, so ist's... Sehen Sie sich vor, all diese Geschichten enden auf dieselbe Weise. Wir haben mehr als ein Beispiel im Regiment."

* * *

In den ersten Jahren verkehrte Wilczeck nur wenig. Er konnte natürlich nicht vermeiden, Rose zu sehen, die Stadt war zu eng dazu, man begegnete sich doch überall, wenn sie ausritt mit ihrer Kavalkade von Kavalieren, auf den Gesellschaften traf er sie, umgeben von ihren Freunden, die sich gegenseitig bewachten, hatten, über die man sich lustig machte und die man beneidete.

Zuweilen sah sie ihn flüchtig an, scheinbar ahnungslos von dem, was in ihm vorging, was sich vorbereitete. Sie schien ihn zu übersehen. Ueber seine kurzen, fast unhöflichen Absagen zu ihren Einladungen lächelte sie. Sie kannte das.

Mochte er fortbleiben, wenn sie ihn nur zuweilen sprach. In der Ecke eines Salons, die Mokkatasse in der Hand, fragte sie ihn nach den Kindern. Und dann mußte er, ob er wollte oder nicht, darauf eingehen, antworten, Bericht erstatten. Der reizende kleine blonde Jobst war nicht mehr so hübsch, er saß in der Tertia und war lang aufgeschossen, sehr mager, ein guter Schüler, es wurde ihm nur alles viel zu leicht, sagte seine Mutter.

Seine Mutter? Rose hob die feinen Schultern in hochmütiger Abwehr.

„Nun, sie ist es doch... jetzt."

Sie sah ihn an, es funkelte etwas in ihrem Blick auf wie tödlicher Haß. Der kleine Flitterfächer bewegte sich heftig in ihrer Hand. „Und Maus? Ist sie denn wenigstens hübsch?"

„Gott sei Dank, nicht so wie man fürchtete", sagte er spöttisch. „Aber sie ist klug, feinfühlig und begabt. Das sind bessere Qualitäten, dünkt mich, fürs Leben."

Sie warf den Kopf zurück, das feine schmale dunkle hochfrisierte Köpfchen, das mit einem schmalen Band leicht umschlungen war, die großen Perlen an den Ohren schimmerten matt. Sie reichte ihm die Hand. „Schließen wir doch Frieden", sagte sie. „Ueberlassen Sie den Moralisten jenen anderen", und sie schaute in den menschenüberfüllten Nebensaal, wo Hauptmann Börner eben auf seinem Stehpult auftauchte, um die Ballade vom sterbenden Ritter zu deklamieren.

Er wußte, daß es an einem Augenblick hing, sein Schicksal wurde bedroht, er wußte genau, was er tat, wenn er jetzt nachgab. Eine Sekunde überlegte er, während ihm das Blut in den Schläfen hämmerte... Dann ging er neben ihr hinaus in den sommerlich duftenden Garten, in dem die Nachtigallen verschlafen sangen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109131-12/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 18. September.

Die Freigabe der Kohlen

Ab 1. Oktober.

Der Kohlenausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner Sitzung am Montag mit einer größeren Anzahl von Anträgen großer wirtschaftlicher Verbände, die im Laufe der letzten Monate eingegangen sind und die **Aufhebung der Zwangswirtschaft für Braunkohle, Nahpreßsteine, Grudekoks, Zechenkoks und Gaskoks verlangen.** Der Reichskohlenkommissar erklärte dazu, daß das Gesetz über die Zwangswirtschaftung zurzeit **nicht aufgehoben werden könne.** Er werde aber seine Verfügung hinsichtlich der Zwangswirtschaftung der genannten Brennstoffe **ab 1. Oktober d. J. außer Wirksamkeit setzen.** Von diesem Zeitpunkte ab werden also die Zwangsbewirtschaftung nur noch Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Braunkohlenbriketts unterliegen. Der Kohlenausschuß stimmte dieser Regelung zu.

Tagung der statistischen Aemter in Halle

In jedem Jahre finden sich bekanntlich die Leiter der statistischen Aemter zusammen, welche sich zum **Verbande der Deutschen Städtestatistiker** zusammengeschlossen haben. Dieser hält am 16. und 17. September in **Halle** seine 80. Konferenz im Stadtverordneten-Sitzungssaale des Stadthauses ab. Das Tagungsprogramm ist sehr reichhaltig und enthält Referate über stadtvergleichende Finanzstatistik unter Betonung der Fragen der Vereinheitlichung der Haushaltspläne, Einzelfragen der bevorstehenden Volks-, Berufs- und Betriebszählung, welche, mit einer besonderen Wohnungsaufnahme verbunden, voraussichtlich im Juni nächsten Jahres stattfinden soll. Außerdem werden selbstverständlich die Fragen der **Teuerungsstatistik** besprochen, welche durch die allgemeine Verteuerung der Teuerungszahl als nach Möglichkeit zutreffende Maßstäbe für die Beurteilung des Steigens oder Fallens der Lebenshaltungskosten seit Jahresfrist bejondere Bedeutung erlangt haben. Von Interesse ist, daß der Verband eigene **Vierteljahresberichte** deutscher Städte herausgegeben beabsichtigt, um auf diese Weise über die wichtigsten Fragen der deutschen Städte eine ständige Berichterstattung einzurichten, und endlich wird die geplante **Reichsschulstatistik** eingehender Erwägungen untergogen werden.

*

Konferenz der Nachrichtenämter.

Die Ueberzeugung, daß die Stadtverwaltungen für eine umfassende Aufklärung der Oeffentlichkeit auf dem Gebiete der Kommunalpolitik zu sorgen haben, hat im Laufe der letzten Jahre der Nachkriegszeit dazu geführt, in einer Reihe von Städten besondere Nachrichtenämter einzurichten. Um nun die bisher gemachten Erfahrungen auszutauschen und neue Anregungen zum Ausbau des städtischen Nachrichtenwesens zu erlangen, findet am Donnerstag, den 15. September, in **Halle** auf Anregung des städtischen Nachrichtenamtes in Erfurt eine Tagung der Nachrichtenämter statt. Es waren bisher insgesamt 30 Städte mit Nachrichtenämtern festzustellen, welche zum größten Teile ihre Beteiligung an der Tagung zugesagt haben.

Das Tagungsprogramm enthält von verschiedenen Referaten besonders das über bisherige Tätigkeit, Einrichtung, Zweck und Ziele des städtischen Nachrichtenamtes, welches Dr. Herbst-Erfurt hält, und über die sonstigen damit zusammenhängenden Fragen, um die praktische Arbeit nach Möglichkeit zu fördern.

Ein Elefant für den Halleschen Zoo

Buparl, einst das beliebteste und wohl auch das kostbarste „Mitglied" unseres Zoologischen Gartens, soll nun endlich einen Nachfolger erhalten. Dieser Tage ist, wie bereits an den Anschlagsäulen zu lesen war, im Zoo ein Elefant eingetroffen. Er gierte bisher den Hagenbeschen Tierpark und wird heute nachmittag einem geladenen Publikum zum ersten Male vorgeführt werden. Die Stadtverordnetenversammlung wird in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien, am kommenden Montag, endgültig über den Vorschlag der Direktion des Zoologischen Gartens, das Tier anzukaufen, befinden. Der Magistrat hat bereits seine Zustimmung zu dem Ankauf des Elefanten gegeben.

Das Notgeld, das soeben von unserem Zoo ausgegeben worden ist, soll und wird hoffentlich auch dazu beitragen, den Ankauf des Elefanten zu ermöglichen bezw. zu erleichtern.

— **Neues aus der neuen Fernsprechordnung.** Nach der vom 1. Oktober ab gültigen neuen Fernsprechordnung endet zwar die Gültigkeit der für einen Tag eingegangenen, noch nicht erledigten **Gesprächsanmeldungen** mit Schluß des Tagesdienstes oder mit Ablauf des Tages. Bei Fernsprechvermittlungsstellen, die künftig ununterbrochenen Dienst abhalten, also in allen Fernsprechämtern mit mehr als 1000 Hauptanschlüssen, erstreckt sich die Gültigkeit der von 10 bis 12 Uhr nachts eingehenden Gesprächsanmeldungen jedoch künftig auch noch auf den folgenden Tag. Die Gültigkeit einer Gesprächsanmeldung erlischt, wenn nach Bereitstellung der verlangten Verbindung der Anrufende und der Gerufene oder einer von ihnen zur Führung des Gespräches nicht bereit sind. Bei der Anmeldung von Gesprächen kann angegeben werden, daß ihre Gültigkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt vorzeitig erlöschen soll. Außerdem kann der Teilnehmer die Streichung einer Gesprächsanmeldung verlangen, wenn sie innerhalb eines bestimmten, in die Gültigkeitsdauer fallenden Zeitraums zur Ausführung an der Reihe wäre. Dagegen kann er nicht verlangen, daß Gesprächsanmeldungen während bestimmter Zeiträume zurückgehalten werden. Wird eine Gesprächsanmeldung auf nachträgliches Verlangen gestrichen, oder nachträglich befristet, oder wird eine Befristung geändert oder aufgehoben, so ist hierfür eine Gebühr von 75 Pfg. zu entrichten; im übrigen ist die Befristung gebührenfrei.

— **Das Ende des Kolkturms.** Der Kolkturm und das dabei befindliche Häuschen des Heidemuseums sind nunmehr abgebrochen und verschwunden, da beide bekanntlich von Bubenhand sehr beschädigt waren. Er ist vor 41 Jahren von der Gesellschaft Kolk in Halle, deren Mitglieder sich in den 70er Jahren im „Goldnen Ring" trafen, für 2500 Mk. erbaut worden, da viel hierzu geschenkt wurde. Der Heideverein wird den Erlös des Abbruchs als Grundstock zu einem **massiven neuen Aussichtsturm** verwenden.

— **Im Lehrerverein Halle und Umgebung,** der jetzt in der „Börse" am Markte tagt, wurde im Verlauf der letzten Mitgliederversammlung über die Vertreterversammlung des Neuen Preußischen Lehrervereins in Berlin im Lehrervereinshaus und über die Versammlung des Landbeamtenbundes im „St. Nikolaus" zu Halle, eingehend berichtet — Die **Gehaltsnachzahlungen** werden nun auch bald im Regierungsbezirk Merseburg erfolgen. In einigen Kreisen sind sie schon ausgezahlt worden, wie vom Vorsitzenden des Bezirkslehrerrates, Herrn Kruse-kopp, mitgeteilt wurde. Von weiteren Eingaben wegen ist Abstand zu nehmen. Zum Schluß wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Erster Vorsitzender ist Hauptlehrer Seifert-Langenbogen.

— **Das Jahresfest des Evangel. Kirchenmusikvereins für die Provinz Sachsen soll in Halle am 28. und 29. September** stattfinden. Mittwoch 5 Uhr liturgischer Festgottesdienst in St. Marien, 7½ Uhr Begrüßungsabend im Thaliasaal, Donnerstag 11 Uhr Festvortrag in der Universitätsaula von Prof. Dr. Schering, 4 Uhr Orgelfeierstunde in St. Marien, Studienrat O. Rebling, 7½ Uhr Geistliche Musikaufführung sämtlicher Hallischer Kirchenchöre in der Domkirche. Teilnehmerkarten zu 5 Mark können für Auswärtige vom Evang.-Sozialen Preßverband in Halle, Konto Nr. 14 733 beim Postscheckamt Leipzig, für Halle in der Buch- und Musikalienhandlung von Hothan bezogen werden, oder zu 2 Mark für Mittwoch 7½ Uhr, Donnerstag 11 und 7½ Uhr am Eingang. Die anderen Veranstaltungen sind frei. Zu den umfassenden Vorbereitungen gehört auch die Bereitstellung freier oder im Preise ermäßigter Unterkunft. Freundliche Angebote für die zahlreichen, der ganzen Provinz zu erwartenden Gäste, werden herzlich erbeten an die Evangelische Stadtmission, Weidenplan 4.

— **Die Reifeprüfung** bestanden gestern sämtliche Oberprimaner der **Lateinischen Hauptschule** und der **Oberrealschule** in den Franckeschen Stiftungen.

Vereins-Nachrichten

— **Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.** Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, den 14. Scheidings, abends 8 Uhr, im Evangelischen Vereinshaus, Mittelstraße. Tagesordnung: 1. Bericht unserer Pressestelle. 2. Bericht über die Musikgruppe. 3. Bericht über die Turngruppe. 4. Bericht über den Frauendienst. 5. Bericht über den deutschnationalen Parteitag. 6. Die Schriftengesellschaft. 7. Werbearbeit. 8. Gautag und deutscher Tag. Dann Aussprache.

I. Deutscher Amtsgerichts-Anwaltstag in Frankfurt a. M.

Am 9. September tagte im Römer zu Frankfurt a. M. der 1. Deutsche Amtsgerichts-Anwaltstag, gleichzeitig eine Mitgliederversammlung des Vereins der Amtsgerichtsanwälte. Auf der Tagung waren über 1000 Amtsgerichtsanwälte aus allen Teilen Deutschlands versammelt bezw. vertreten. Nach einigen einleitenden Worten des Einberufers, Justizrat Baumeister-Weilheim, hielt Rechtsanwalt Dr. Raabe-Barmstedt einen ausführlichen Vortrag über die Aufgaben der Amtsgerichtsanwaltschaft und ihrer Vertreter. Der Redner führte u. a. aus, beim Erlaß der Justizgesetze habe man die Entwicklung der Amtsgerichtsanwaltschaft, wie sie sich tatsächlich gestaltet habe, nicht voraussehen können, vor allem nicht, daß die Amtsgerichtsanwaltschaft in einen Interessengegensatz zu den übrigen Anwälten habe kommen müssen. Leider sei die Gesetzgebung dieser Entwicklung in keiner Weise gefolgt. Innerhalb der Zwangsorganisationen der Anwaltskammern hätten die Amtsgerichtsanwälte nicht die Rechte, die ihnen nach ihrer Zahl und Bedeutung zustehen müßten. Sie hätten kein gleiches aktives Wahlrecht, wie die andern Anwälte, weil die Ausübung des aktiven Wahlrechtes wegen ihrer Dezentralisation erheblich größeren Aufwand an Zeit und Geld erfordere, wie bei den übrigen Anwälten; die einfache und gegebene Abhilfe, nämlich Abstimmung durch Brief oder Vertreter, werde ihnen versagt. Sie hätten auch nicht dasselbe passive Wahlrecht, denn dieses sei regelmäßig durch die Geschäftsordnung beschränkt. Im Bezirk der Kieler Anwaltskammer z. B. hätten die Kollegialgerichtsanwälte die Minderheit, nach der Geschäftsordnung aber im Vorstand dreimal so viel Stze als die Amtsgerichtsanwälte.

Bei den Landgerichtsprozessen, welche die Amtsgerichtsanwälte instruierten, leisteten letztere häufig den weitaus größten Teil der Arbeit, trotzdem verlangten die Landgerichtsanwälte von den erwachsenden Gebühren regelmäßig dreimal so viel als die Amtsgerichtsanwälte.

Die Entscheidungen, welche dies Verfahren gebilligt hätten, seien ergangen unter Mitwirkung von Anwälten, welche eine Personalunion von Klägern und Richtern verkörperten. Sie sei daher nicht von nur unparteiischen Richtern erlassen und schon aus diesem Grunde nicht maßgebend. Vor allem liege die Zulassung der Amtsgerichtsanwälte beim übergeordneten Landgericht im Interesse des rechtsuchenden Publikums, weil die nicht am Sitz eines Landgerichts wohnenden Klienten den nächstgelegenen Amtsgerichtsanwalt viel leichter und bequemer aufsuchen könnten, als den ihnen unbekannten weitab wohnenden Landgerichtsanwalt, weil ferner der Amtsgerichtsanwalt dieselbe wissenschaftliche Vorbildung habe, wie der Landgerichtsanwalt. Die Zulassung der Amtsgerichtsanwälte beim übergeordneten Landgericht sei auf den Anwaltstagen zu Hannover 1905 und Mannheim 1907 mit überwältigender Mehrheit und gerade unter überwiegender Beteiligung der Landgerichtsanwälte befürwortet; leider verträten die Landgerichtsanwälte in den Anwaltskammern die entgegengesetzte Ansicht, wenn es gelte, diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Das Vorgutachten der Anwaltskammern über die Zulassung eines Amtsgerichtsanwaltes beim Landgericht werde erstattet von nicht unparteiischen Sachverständigen und sei deswegen wie jedes andere Hindernis der Simultanzulassung auf gesetzgeberischem Wege zu beseitigen.

Der Redner empfahl u. a. eine Petition an den Reichstag zwecks Aenderung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und die Umgründung des Vereins der Amtsgerichtsanwälte, um ihn auf eine sichere rechtliche und finanzielle Grundlage zu stellen und dadurch zu befähigen, seine Ziele mit den erforderlichen Mitteln durchzuführen.

An die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners schloß sich eine lebhafte Debatte. Die vom Redner vorgeschlagenen Maßnahmen wurden gebilligt, die Gebührenteilung zwischen Land- und Amtsgerichtsanwälten bei Genehmigung durch die Organisation für zulässig und als ein Gebot der Billigkeit und der Kollegialität erklärt. Endlich sprach sich die Versammlung dahin aus, daß der Vorstand jeder Anwaltskammer nach dem Grundsatz der Proportionalität besetzt werden müsse und daß Streitigkeiten grundsätzlicher Natur zwischen der Amts- und Kollegialgerichtsanwaltschaft nur von paritätisch besetzten Stellen entschieden werden dürften.

Nach Erledigung dieses Punktes wurden neue Satzungen aufgestellt; zum Vorsitzenden wurde gewählt Rechtsanwalt Kröger-Neumünster, zum stellvertretenden Vorsitzenden Justizrat Baumeister-Weilheim, zum ständigen Geschäftsführer Rechtsanwalt Dr. Raabe-Barmstedt. Dem Vorstand wurde ein fünfgliedriger Ausschuß mit beratender Stimme zur Seite gestellt.

Wohin

uns Revolution, Sozialdemokratie, Demokratie und Kompromißpolitik geführt haben, das versprüht jeder Deutsche alltäglich am eigenen Leibe. Aus diesem Abgrund heraus kann uns einzig und allein die Pflege und Ausbreitung der christlichen, nationalen und völkischen Weltanschauung retten. Eine treue Führerin und Beraterin auf diesem Wege ist die „Hallesche Zeitung", das nationale Blatt Mitteldeutschlands auf deutschnationaler Grundlage. Dem Wollen und Wirken der „Halleschen Zeitung" die weitgehendste Aufmerksamkeit und Unterstützung angedeihen zu lassen, ist daher nicht nur eine Pflicht, sondern auch ein Gebot der Stunde.

Wer die „Hallesche Zeitung" noch nicht liest, setze sich daher umgehend mit deren Geschäftsstelle, Leipziger Str. 61/62 (Fernruf 7801) in Verbindung. Postbezieher bitten wir, sofort beim Briefträger oder beim nächsten Postamt das Abonnement zu erneuern.

Aus Mitteldeutschland

Gedenktage für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

vom 11. bis 17. September.

11. September 1867 * Graudenz Dr. med. Arthur **Schulz**, a. o. Prof. f. gerichtliche Medizin a. d. Univ. Halle, Gerichtsarzt im Stadtkreise Halle, Mitglied des Medizinalkollegiums der Provinz Sachsen.

12. September † Halberstadt Dr. phil. Ludwig **Busse**, 1907 a. Prof. d. Philosophie a. d. Univ. Halle (* 27. 9. 1862 Braunschweig).

13. September 1874 * Glogau Dr. phil. Ferdinand **von Wolff**, o. Prof. d. Mineralogie u. Petrographie a. d. Univ. Halle. — 1892 * im Marmorpalais bei Potsdam **Viktoria Luise** Herzogin von Braunschweig, geborene Prinzessin von Preußen, Königl. Hoheit. — 1918 † Berchtesgaden Herzog **Eduard** von Anhalt (* 18. 4. 1861 Dessau).

14. September 1815 * Biernau bei Suhl Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Theodor **Rumpel**, 1839—51 a. d. Latina in Halle, später Gymn.-Direktor in Gütersloh und Provinzialschulrat von Hessen-Nassau († 10. 4. 1885).

15. September 1865 * Salzmünde im Mansfelder Seekreise Dr. phil. Paul **Holdefleiß**, a. o. Prof. f. Pflanzenbau, Pflanzenzüchtung, Landwirtschaftliche Taxationslehre, Wetterkunde und Klimalehre a. d. Univ. Halle.

16. September 1834 * Quedlinburg Julius **Wolff**, bekannter Dichter († 8. 6. 1910 Charlottenburg). — 1841 * Weterzig Altmar **von Alvensleben**, Königl. Preuß. General-Leutnant, Kommandant von Breslau († 10. 11. 1908 Naumburg a. d. S.). — 1907 † Hildburghausen Sophie **Junghans**, bekannte Romanschriftstellerin (* 8. 12. 45 Kassel). — 1916 † Gymn.-Oberlehrer Prof. Dr. phil. Karl **Feyerabend** (* 18. 10. 1849).

17. September 1631 Sieg des Königs Gustav Adolf von Schweden und der Sachsen bei Breitenfeld über Tilly. — 1857 * Magdeburg Dr. phil. Richard **Weißenfels**, a. Prof. d. deutschen Philologie a. d. Univ. Göttingen. — 1868 * Rostock Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Carl **Brockelmann**, o. Prof. d. hentitischen Philologie a. d. Univ. Halle, 1918/19 deren Rektor. — 1838 † Halle Dr. phil. h. c. Franz Theodor **Adler**, 1863—78 Rektor d. Latina u. 1878—80 Kondirektor der Franckeschen Stiftungen in Halle.

Große Herbstblumenschau Dresden 1921

Dresden, 12. September.

In Gegenwart von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden wurde am Sonnabend im städtischen Ausstellungspalast und Ausstellungspark die „Große Herbstblumenschau Dresden 1921" eröffnet. In 15 großen Sälen werden die Erzeugnisse der Gärtnerei und die Leistungen der Blumenschmuck- und Gartenkunst dem Besucher vorgeführt. Große Zugkraft übt die Ausstellung der Gartenkunstabteilung des Verbandes deutscher Gartenarchitekten aus. Ueberhaupt ist die Schau sehr reich aus allen Teilen Deutschlands beschickt.

Schulgeldfreiheit in Braunschweig

Braunschweig, 12. September.

Die städtischen Behörden beschlossen, völlige Schulgeldfreiheit, rückwirkend vom 1. April dieses Jahres, für sämtliche einheimischen Kinder der städtischen Bürgerschulen und katholischen Schulen einzuführen. Nur die ortsfremden Kinder haben im Jahre ein Schulgeld von 100 Mk. zu zahlen. Auch die Lehrmittelfreiheit soll vielleicht gewährt werden. Ein Beschluß hierüber wurde noch nicht gefaßt.

---

ll. **Nietleben**, 12. September. (**Haus- und Grundbesitzerverein.**) Nach eingehender Aussprache über die erfolgte Veranlagung zur Grund- und Gebäudesteuer wurde von der stark besuchten Versammlung folgender Antrag angenommen: Die Mitglieder lehnen sofortige Zahlung der Gebäudesteuer für das erste Halbjahr ab, sie ersuchen die Gemeindeverwaltung so lange um Stundung, bis die anteiligen Beträge seitens der Mieter an den Hauswirt abgeführt sind.

k. **Löbejün**, 11. Sept. (**Versammlung der Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei.**) Gestern fand im „Gasthof zur Erholung" die Monatsversammlung der Ortsgruppe Löbejün der Deutschnationalen Volkspartei statt, die sich eines überaus guten Besuches erfreuen konnte. Mit Freuden wurde festgestellt, daß die Ortsgruppe wiederum einen starken Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen hat. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung wurde erörtert: „Milderung und Linderung der Not der Angehörigen des Mittelstandes, Kleinrentner, Festbesoldeten, Pensionäre, kinderreichen Familien, Arbeiter, Witwen, Waisen, Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen usw." Ein Arbeitsausschuß verschiedener Berufsklassen wurde gebildet, der sofort energische Maßnahmen zur Milderung der Not, die infolge der Teuerung entstanden ist, ergreifen wird. Für den „Bund der Aufrechten" wurde eine Geldsammlung veranstaltet, die gute Ergebnisse zeitigte. Beschlossen wurde ferner die Abhaltung eines bunten Abends in einem der nächsten Monate. Es haben schon mehrere hervorragende und bekannte Künstler ihre Mitwirkung zugesagt. Eventuell soll am gleichen Tage ein Kirchenkonzert in hiesigen Stadtkirche veranstaltet werden. Die Mitteilung, daß Herr August Abel vom 1. Oktober ab als Geschäftsführer des Kreisvereins Halle-Saalkreis gewonnen ist, wurde mit großer Freude aufgenommen. Nach Schluß der Tagesordnung hielt Herr Major Klaus einen längeren Vortrag über die politische Lage und erntete großen Beifall der zahlreichen Zuhörerschaft.

tk. **Buttstädt**, 12. September. (**Ein tragischer Unglücksfall**) ereignete sich auf einem Bauerngute im benachbarten Gutsmannshausen. Ein dort in Ferien weilender junger Mann probierte ein Gewehr aus. Dabei schenkte er mit einem zu Besuch weilenden jungen Mädchen. Durch Unvorsichtigkeit entlud sich das Gewehr, der Schuß drang dem Mädchen so unglücklich durch den Leib, daß es kurz nach seiner Ueberführung in das Sophienkrankenhaus zu Weimar gestorben ist.

— **Freiberg in Sachs.**, 12. Sept. (**Metallarbeiterstreik.**) Die Arbeiter mehrerer Großbetriebe der Metallbranche in Freiberg sind in einen Lohnstreik eingetreten. Wie bekannt, hat der Deutsche Metallarbeiterverband die Entscheidung des Schlichtungsausschusses nicht anerkannt.

— **Plauen**, 12. Sept. (**Der Streik in der Baumwollspinnerei**) Herm. Lang dauert fort, lediglich einige Mitglieder der christlichen Gewerkschaft arbeiten. Einer von diesen, ein Schlichtgehilfe A. Hahn, wurde auf dem Heimwege von der Arbeit von streikenden Arbeitern überfallen und schwer mißhandelt. Einer Arbeiterin und ihrer Tochter erging es ähnlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109131-12/fragment/page=0003

H.Z. Sportberichte.

Hockey-Club-Halle I. — B. f. L. 96 I. 2:2. Nach schnellem Spiel trennten sich obige Mannschaften mit einem unentschiedenen Ergebnis. Man merkte beiden Mannschaften noch etwas die sommerliche Ruhezeit an, auch waren beide nicht mit vollen Kräften zur Stelle. Die Frage, welche von beiden Mannschaften die Stärkere ist, muß also beim Rückspiel geklärt werden. Die Leitung des Spieles haben Herr Mühlberg und Herr Jakob von R. G. Nelson, Hockeyabteilung in vorbildlicher Weise durchgeführt.

Gleich nach Anspiel geht H. C. H. durch und sendet ein, bis kurz vor Halbzeit, kein ausgeglichenes Spiel. Hockey-Club-Halle drückt zwar bisweilen ganz energisch, kann aber keinen Erfolg erzielen. Vor Halbzeit kann B. f. L. dann ausgleichen. Nach Wiederanspiel liegt das Spiel ganz in der Spielhälfte des H. C. H. und können die 96er ihre zeitige Ueberlegenheit durch ein weiteres Tor ausdrücken. Dann kommt aber Hockey-Club-Halle wieder auf und nach verschiedenen, vergeblichen Torschüssen, deren einige dem Torwart der 96er in hervorragender Weise gehalten wurden, erzielt H. C. H. das ausgleichende Tor. Kurz darauf Abpfiff. Hervorzuheben ist von auch beiden Mannschaften die Unermüdlichkeit der beiden Mittelläufer, die trotz der Schnelligkeit, mit der das Spiel durchgeführt wurde, nicht einen Augenblick nachließ.

H. C. H. II. — B. f. L. 96 II. (1:0.) Das Ergebnis entspricht dem Spielverlauf. Leider wurde durch häufiges Abseits das Spiel sehr beeinträchtigt. Das Ehrentor des B. f. L. verdient besonderer Erwähnung, da es aus einer in glänzender Weise vom Mittelstürmer verwandelten Strafecke hervorging.

Tennisabteilung des B. f. L. 96. Am 17. und 18. ds. Mts. findet auf den Plätzen des B. f. L. 96 die Austragung der diesjährigen Klubmeisterschaften statt, und zwar für die erste, zweite Klasse sowie Jugendliche. Nennungsschluß Mittwoch, den 14. ds. Mts. Liste liegt bei Förderer aus. Beginn des Turniers: Sonnabend 3 Uhr.

Zehnkampf B. f. B. Leipzig—B. f. L. 96 Halle. Im Vereinszehnkampf konnten die Leipziger mit 9:1 Siegen vor B. f. L. Halle 96 gewinnen. 100 Meter: Friedrich (B. f. B. Leipzig) 11 Sek. 400 Meter: Fells (B. f. B. Leipzig) 55 Sek. 800 Meter: Kempe (B. f. B. Leipzig) 2:07,9. 1500 Meter: Kempe 4:36,4. 4×100 Meter: B. f. B. Leipzig 45,5. Hochsprung: Hoffmann (B. f. B. Leipzig) 1,74 Meter. Diskus: Hoffmann 29,64. Weitsprung: Krause (B. f. B. Leipzig) 6,40 Meter (!). Kugelstoßen: Held (B. f. L. Halle) 10,80 Meter. Speer: Döring (B. f. B. Leipzig) 43,60 Meter. Außerdem Hindernislauf: Fridler (B. f. B. Leipzig).

Ein neuer Sieg des Deutschen Wasserballmeisters. Das Internationale Wettschwimmen des Wiener Athletik-Club brachte in den Vorwettbewerben dem Deutschen Wasserballmeister Wasserfreunde Hannover einen weiteren schönen Sieg. Nachdem die Hannoveraner am ersten Tage die äußerst spielstarke Mannschaft des W. A. C. mit 4:3 abgesetzt hatten, blieben sie am zweiten Tage gegen eine Prager Mannschaft überlegen mit 5:2 siegreich.

Rekord-Wettbewerb für „Rund um Berlin". — Das Straßenrennen Rund um Berlin, das am Sonntag, 18. September, über die Landstraßen der Mark rollt, wird wie stets das größte Ereignis auf kraftsportlichen Gebiete werden. Die Fahrt, die im Vorjahre ohne Berufsfahrer ausgetragen wurde, findet diesmal wieder in beiden Klassen statt und wird die Besten am Start vereinen. Alle Namen, die in letzter Zeit im deutschen Straßenrennsport genannt wurden, sind in der Meldeliste eingetragen, die bei den Geldpreisfahrern 54, bei den Amateuren 214 Fahrer aufweist, darunter in der Gruppe der Berufsfahrer die Gebr. Hufschle, Aberger, Geisdorf, Gielow usw. Bei den Herrenfahrern tritt die gesamte Berliner Rennmannschaft mit Dopprack und Orlewicz an der Spitze zum Kampfe an. Von auswärts seien u. a. Hartmann, Hoffmann-Magdeburg, Sachs, Schwiedewind, Lorenz, Pfister-Schweinfurt, Brennle, Henning, Rodis-Leipzig, Nießen, Kinzen-Aachen, Wengel-Dresden und Zech-Hamburg genannt. Wenn das Wetter der Veranstaltung hold ist, dann dürfte Rund um Berlin 1921 ein Riesenerfolg beschieden sein. Das Massische Rennen führt in diesem Jahre vom Start im Deutschen Stadion über Nauen, Oranienburg, Bernau, Erkner, Königswusterhausen, Zossen, Trebbin, Großbeeren, Zehlendorf und Teufelsfee Chaussee zurück nach dem Stadion, wo noch eine Runde zurückzulegen ist. Die Gesamtstrecke beträgt 256,4 Km. Im Stadion selbst finden Bahn- und Motorrennen mit guter Besetzung statt. —

Bunte Blätter.

Das Urteil gegen Miß Moll

Nach mehrtägiger Verhandlung wurde heute in dem großen Lebensmittelschwindel-Prozeß der Deutsch-Amerikanerin Miß Virginia Moll das Urteil verkündet. Die Angeklagte wurde wegen verbotener Einfuhr zu 6 Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe und wegen verbotenen Handels zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Die 6 Monate Gefängnis wurden als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Die Mitangeklagten Maurer und Flatow wurden freigesprochen.

Zusammenstoß zweier U-Boote

Bei Nachtübungen der holländischen Flotte in der Nordsee stießen zwei holländische Tauchboote aufeinander. Es wurde nur geringer Materialschaden angerichtet.

Klante verhaftet

Berlin, 12. September.

Wie der „L.-A." meldet, ist der Vorsitzende des Wettkonzerns, Klante, der sich wegen angeblichen Nervenzusammenbruches in das Sanatorium Westend begeben hatte, gestern dort verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden. Die bisherigen Ermittelungen der Staatsanwaltschaft haben ergeben, daß der Klantekonzern eine Unterkilanz von mindestens sechzig Millionen Mark hat. Der Konzern ist nunmehr von der Staatsanwaltschaft geschlossen worden, ebenso werden wohl auch im Laufe des heutigen Tages die übrigen dem Klantekonzern gehörenden Unternehmungen von der Staatsanwaltschaft geschlossen werden. Der Konkurs soll heute eröffnet werden.

Großer Stempelmarkendiebstahl

Görlitz, 9. September.

Wie der „Neue Görlitzer Anzeiger" meldet, sind auf dem hiesigen Hauptzollamt riesige Stempelmarkendiebstähle aufgedeckt worden. Es handelt sich um Stempelmarken im Gesamtwerte von 783 700 Mark. Die Marken wurden in festen Papierumschlägen, die in offen stehenden Schränken lagen und am Tage jedem zugänglich waren, aufbewahrt. Der Dieb hat die untere Seite der Umschläge aufgeschnitten, eine Unmenge von Marken herausgenommen, dafür wertloses Papier hineingesteckt und die Schnittfläche wiederzugeklebt. Von dem oder den Tätern fehlt noch jede Spur.

Volkswirtschaftlicher Teil

Vom Zuckermarkt

berichtet unser Magdeburger Mitarbeiter: Bekanntlicherweise besteht die Gefahr, daß sich der Uebergang zur freien Wirtschaft nicht in den Formen vollziehen wird, wie es sowohl im Interesse unserer Volksversorgung als auch der Zuckerindustrie wünschenswert wäre. Eine Sondergruppe mit dem Interessenkreise der Zuckerraffinerie Genthin an der Spitze beabsichtigt, ihre eigenen Wege zu gehen und erschwert dadurch den Abschluß des Syndikatsvertrages. Durch diese Eigenbrödelei wird naturgemäß die Festlegung einheitlicher Bestimmungen unmöglich gemacht und ein Zustand geschaffen, der unabsehbare Konsequenzen zeitigen dürfte. Der Grundsatz „Einigkeit macht stark" sollte auch in diesem Falle Anwendung finden und eine Zersplitterung auf alle Fälle vermieden werden. Ob die noch schwebenden Verhandlungen in diesem Sinne zu einem günstigen Ergebnis führen werden, erscheint immerhin fraglich. Auf der Tagesordnung einer erneuten Generalversammlung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie steht die Frage zur Beschlußfassung, ob das Abkommen auch ohne die Oppositionspartei, zu der auch einige kleinere Weißzuckerfabriken gehören, in Kraft treten soll. Für einen ungestörten Verlauf der kommenden Kampagne werden die getroffenen Einbauschäden von größter Bedeutung sein.

Die Geschäftstätigkeit am heimischen Verbrauchszuckermarkt war in der verflossenen Woche nicht besonders lebhaft. Die Ablieferungen an die Gemeinden wurden infolge des Streiks der Transportarbeiter beeinträchtigt. Auch die Anforderungen der zuckerverarbeitenden Industrie konnten nicht vollbefriedigt werden, zumal auch die Vorräte der Raffinerien sehr gesichtet sind. Der neuen Ernte sieht man nicht besonders zuversichtlich entgegen, der Mangel an Niederschlägen läßt es zweifelhaft erscheinen, daß der Rückstand im Wachstum noch ausgeglichen werden kann. Die durchschnittlichen Schätzungen lauten auf 25 bis 26 Millionen Zentner gegen 22 Millionen im Vorjahr, wobei zu berücksichtigen ist, daß diesmal eine um 20 Prozent erhöhte Anbaufläche in Frage kommt. — Das Melassegeschäft blieb geringfügig, in alter Ernte, die ungefähr mit 73 Mk. bezahlt wurde, ist kaum noch Angebot im Markte. Für neue Ernte schwankte der Preis zwischen 64 bis 65 Mk.

In Tschechien erwartet man eine niedrigere Ernte als im Vorjahre. Die neuen Rübenpreise sind noch nicht festgesetzt, auch über die sonstigen Bestimmungen für die Neuregelung der Zuckerwirtschaft besteht noch völlige Ungewißheit. Im Exportgeschäft wurden einige Posten nach England und nach dem besetzten deutschen Gebiet ausgeführt. — In Ungarn dürfte die voraussichtliche Ernte gerade zur Deckung des inländischen Bedarfes ausreichen.

Die kommende Zuckerernte Frankreichs wird die vorjährige kaum übersteigen, die übermäßige Trockenheit hat auch hier das Wachstum der Rüben verlangsamt. Im Geschäftsverkehr konnten sich die Preise bei mäßigen Umsätzen befestigen. Weiß Nr. 3 wurde bis zu 215 Fr. für 100 Kg. gehandelt.

Am Londoner Zuckermarkt notierten am 7. d. Mts. Tates cubes 61 sh 94 bis 62 sh 8 d, Lyles gelbe Kristallzucker 52 sh 6 d, westindische Kristalle 46 sh 9 d bis 50 sh und holländischer Granulated 28 sh 6 d, Muscovaden bedangen 38 bis 44 sh und amerikanischer Granulated 56 sh.

In Amsterdam war die Tendenz still, im Lieferungsgeschäft bewegten sich die Notierungen je nach Termin zwischen 24, 25 und 29 fl.

Der Newyorker Terminmarkt zeigte kein besonders lebhaftes Gepräge. In Rohzucker notierte September-Lieferung 2,93 C., Oktober 2,82 C., November 2,71 C. und Dezember 2,61 C. per 1 b. — Der Verkehr in prompter Ware blieb Schwankungen unterworfen. Die Woche schloß für greifbaren Zentrifugalzucker mit 4,37 bis 4,86 C., nachdem am vergangenen Mittwoch sich der Preis von 4,61 auf 4,50 C. ermäßigt hatte. — Willet Gray schätzen die Weltzuckererzeugung für 1920/21 neuerdings auf 328,12 (i. V. 303) Millionen Zentner.

Waren- und Marktberichte

★ **Berliner Viehmarkt vom 10. September.** Auftrieb 3189 Rinder, 950 Kälber, 11 166 Schafe, 8580 Schweine 170 Ziegen. 120 Schweine aus dem Memelgebiet und 478 Dänen. Preise für 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 400—725 Mark, Bullen 425—650 Mark, Kühe 200—700 Mark, Kälber 500—1600 Mark Schafe 200—625 Mark, Schweine 900—1425 Mark. Handel bei Rindern und Schweinen ruhig, bei Kälbern glatt, bei Schafen langsam.

★ **Berliner Fettmarkt vom 10. September.** Butter: Konsum ist nach wie vor gering. Die bescheidene Nachfrage erstreckte sich ausschließlich auf allerfeinste, reinschmeckende Butter, während mittlere und abweichende Qualitäten nicht unter zu bringen sind. Die heutige Notierung ist: Einstandspreis per Pfund und Faß frei Berlin In Qualität 27—28 Mk., IIa Qualität 20—22 Mk., abfallende 16—18 Mark. — Margarine: Unverändert gute Nachfrage. — Schmalz: Während die Packerforderungen etwas ermäßigt wurden, gingen die inländischen Zahlungsmittel weiter scharf in die Höhe, so daß im Zusammenhang damit die Schmalzpreise hier ebenfalls eine Steigerung erfuhren. Der Umsatz ist schwächer geworden, da die Kleinhändler mit neuen Käufen sich vorläufig abwartend verhalten. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 14,50 Mark, Pure Lard in Tierces und Firkins 15,50 Mark Berliner Brakenschmalz 15,50 Mark — Speck: Die Preise verfolgen steigende Tendenz, Nachfrage gut.

★ **Vom Eiermarkt.** Die Zufuhren blieben auch in der verflossenen Woche weiter gering. Allgemein wird über einen Rückgang der Produktion geklagt und ebenso läßt die Qualität der Ware zu wünschen übrig. Die Preise haben sich nicht wesentlich verändert, sind aber weiter steigend Im Großverkehr notierten pro 1000 Stück am Berliner Markt Mark. Der Sächsischer Markt 1650—1750 Mark, Oldenburger Markt 1850 bis 1900 Mark, Schlesischer Markt 1750—1800 Mk., Süddeutscher Markt 1600—1650 Mark, Westdeutscher Markt 1950—2050 Mark.

Der Ausweis der Reichsbank vom 7. d. M. zeigt im wesentlichen das für die erste Monatswoche übliche Bild. Die gesamte Kapitalanlage ist nach Befriedigung der starken Ultimoansprüche der Vorwoche wieder zurückgegangen, wenn auch die Abnahme um 3570,7 Millionen Mark auf 81 741,7 Millionen Mark an die außerordentliche Belastung der Vorwoche nicht heranreicht. Die bankmäßige Deckung allein genommen hat sich um 3580,3 Millionen Mark auf 81 466,1 Millionen Mark vermindert. Auf der andern Seite erfuhren auch die Konten der fremden Gelder einen Rückgang, der hauptsächlich mit der eingetretenen Entlastung der Anlage und mit neuen Abflüssen von Zahlungsmitteln im Zusammenhang steht. Die fremden Gelder ermäßigten sich um 4 181,8 Millionen Mark auf 9 517,8 Millionen Mark. Der Banknotenumlauf zeigt ein weiteres Anwachsen um 654,8 Millionen Mark auf 80 727,5 Millionen Mark. An Darlehnskassenscheinen sind 44,1 Millionen Mark in die Kassen der Bank zurückgelangt, so daß der Umlauf an Darlehnskassenscheinen am 7. d. Mts. 7 792,8 Millionen Mark betrug. Somit begiffert sich die Vermehrung des Umlaufs an beiden Geldzeichen zusammen auf 610,7 Millionen Mark, gegenüber 888,1 Millionen Mark in der Vergleichswoche des Jahres 1920. Die Darlehnskassen hatten in der Berichtswoche geringfügige Darlehnsansprüche zu befriedigen. Die Summe der ausstehenden Darlehen hat sich um 82 Millionen Mark auf 10 947,6 Millionen Mark erhöht. Da die Darlehnskassen einen der Zunahme der Ausleihungen entsprechenden Betrag an Darlehnskassenscheinen an die Reichsbank abführten, so sind die eigenen Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen unter Berücksichtigung der erwähnten aus dem Verkehr aufgenommenen Beträge um 76,1 Millionen Mk. auf 3034,7 Millionen Mark gestiegen.

Berliner Börsenberichte

Geld- und Devisenmarkt. Berlin, 12. September. Der Zinssatz für tägliches Geld hält sich auf 4½ Prozent. Der lebhafte Geschäftsgang in Handel und Industrie hat die Geldflüssigkeit bisher nicht zu beeinträchtigen vermocht. Die panikartige Verschlechterung, die unsere Valuta während der Börsenruhetage erfahren hat, setzte sich in beschleunigtem Tempo fort. Drohungen der französischen Zeitungen mit der Besetzung des Ruhrreviers im Falle eines Staatsbankerotts Deutschlands veranlaßten im Auslande ein dringendes Angebot von Marknoten, das entsprechende Preissteigerungen der fremden Wechsel zur Folge haben mußte. Käufe, die in der Devise Holland stattfanden, wurden mit der Rückzahlung kurzfristiger deutscher Kredite in Verbindung gebracht. Auch verlautete von starkem Devisenbedarf zur Begahlung ausländischer Rohstoffe und Lebensmittel. — Dollarnoten stiegen auf 103½ bis 104½, rumänische Lei 96½, österreichische Noten 7,90, Kościusko-Noten 2,72½. Um 11½ Uhr wurden genannt: Holland 3820, London 366, Kabel New-York 104½, Paris 765, Schweiz 1820.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 12. September. Von den Zeitungen veröffentlichte Warnungen gegen die Gefahr einer übertriebenen Börsenspekulation haben bei dem Privatpublikum offenbar ihre Wirkung nicht verfehlt. Heute übermog bei Beginn das Angebot entschieden, was die Kursbewegung unregelmäßig gestaltete und zum Teil beträchtliche Kurseinbußen zur Folge hatte. Besonders litten in letzter Zeit vornehmlich in die Höhe getriebene Werte. Es verloren Thale etwa 100, Gelsenkirchen mehr als 50, Akkumulatoren 48, Anglo-Kontinental 83, K. G. A. 27, Bergmann 35, Augsburg-Nürnberger Maschinen 50 Prozent. Nach Erledigung des ersten Verkaufsandranges trat aber bei ruhigerem Geschäft unter Schwankungen eine Befestigung ein, was in Zusammenhang mit dem Anziehen der Devisenkurse gebracht wurde. Durchweg feste Haltung bekundeten oberschlesische Werte, von denen Oberschlesische Eisenbahnbedarf im Verlaufe um 70, Oberschlesische Eisenindustrie 36, Kattowitzer 30 Prozent stiegen. Laurahütte schwächten sich dagegen ab, Schiffahrtsaktien waren gleichfalls gedrückt. Bankaktien zogen aus Weiterungskäufen beträchtlichen Nutzen in Erwartung hoher Jahresergebnisse wegen des ausgedehnten Börsengeschäfts. Die Erhöhungen betrugen bei Berliner Handelsgesellschaft 36, Commerzbank 28, Darmstädter Bank 45, Deutsche Bank 40 Prozent. Valutawerte wurden wegen der Steigerung der Devisenkurse meist beträchtlich höher bezahlt, Mexikanische Anleihen 100 Prozent darüber. Canada-Aktien gewannen 60 Prozent. In Kolonialwerten war die Kursbewegung aber nicht gleichmäßig. Bemerkenswert war der Rückgang der Schantungbahn-Aktien um 53 Prozent. Am Anlagemarkt war die Kursbewegung im allgemeinen geringfügig. Oesterreichische und Ungarische Anleihen waren schwächer. Devisen stiegen hauptsächlich wegen der Materialknappheit.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 12. September.

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen: Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 18—19. Haferstroh drahtgepreßt 21—23, Stroh seilgebündelt 15½—17. Langstroh seilgebündelt 18—19, Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 64—72, gesund und trocken, 50—60, Kleeheu 81—86, alles ab Stationen.

Produktenbericht Berlin, 12. September. Am Produktenmarkt wirkte die weitere Steigerung des Dollarkurses stark befestigend. Für Weizen wurde Kauflust angeregt, weil der Weltmarktpreis von den heutigen Preisen für inländische Ware stark abgewicht. Das Angebot von Weizen war gering bei höheren Forderungen. Roggen gewann bei mäßigen Umsätzen einige Mark. Gerste hatte ruhiges Geschäft bei hochgehaltenen Preisforderungen. Hafer stellte sich eher teurer, obwohl sich die Käufer ziemlich vorsichtig zeigten. Mais war wegen des Rückgangs der deutschen Valuta aufzerordentlich fest. Für Mehl wurden höhere Preise verlangt. Kleie stellte sich etwas fester. Raps zog in Preise an. Erbsen gewannen festere Haltung. Für Weizenkleie und Ackerbohnen wollen die Käufer nicht über Haferpreise anlegen. Oelkuchen und andere Futterstoffe blieben fest.

Devisen-Notierungen

Berlin, 12. Sept.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	3346,65	3353,35	Paris	772,20	773,80
Brüss.-Antwerp.	761,70	763,30	Schweiz	1815,65	1819,35
Christiania	1368,60	1371,40	Spanien	1408,55	1411,75
Kopenhagen	1838,15	1841,85	Wien (altes)	—,—	—
Stockholm	2257,70	2262,30	Oesterr.abgest.	10,53	10,57
Helsingfors	130,—	130,30	Prag	127,10	127,40
Italien	449,55	450,45	Budapest	23,37	23,43
London	394,10	394,90	Poln. Mark	2,72½	—
New-York	105,39	105,61			

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 12. Sept. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	2575/2625	Zinn (Banca-Straits-Austral)	6000/6100
Orig.-Hütten-Weichblei	940/950	Hüttenzinnmind. 98%	5400/5600
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	730/750	Reinnickel (98-99%)	5300/5500
Remelted-Platten-Zink	3750	Antimon (Regulus)	950/975
Orig.-Hütten-Alumin. (in gekerbten Blöckchen)	98-99% 3900	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	1800/1910
		Elektrolytkupfer p. 100 kg	2907
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	—
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtbarren	6200/6300	Preis des Zinkhüttenverbandes	962

Leipziger Notierungen

Leipzig, den 12. Sept.

Chemnitzer Bankverein	250,—	Leipziger Malzfabrik	—,—
Leipziger Hypotheken-Bank	165,—	Mansfelder Kuxe	6950,—
Mitteldeutsche Privatbank	—,—	Oelsnitzer Kuxe	1400,—
Crößlwitzer Papierf.	625,—	Pittler, Leipzig	607,—
Glauziger Zuckerfbr.	1001,—	Prehlitzer Stamm-A.	270,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	5,50	„ Prioritäts-Akt.	—,—
Halbische Zuckerraff.	710,—	Riebeckbier	450,—
Portland-Zement	522,—	do. Vorzugsaktien	115,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	480,—	Rositzer Zuckerfabr.	708,—
Körbisdorfer Zukerf.	750,—	Rudelsburger Zementfabrik	560,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	990,—	Sachsenwerk	480,—
		Sondermann & Stier	499,—
		Stöhr & Co.	1135,—
		Zimmermann, Halle	450,—
		Zimmermann, Chemnitz	460,—

Kein Kurszettel. Infolge des Berliner Elektrizitätsarbeiterstreiks und der Verkehrsstockung kann der Kurszettel nicht erscheinen.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Ernst Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Heilig; für den lokalen Teil und Kommunalpolitik: Erich Sellheim; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung i. A.: Walther Heberer. — Für den Anzeigenteil: Paul Fersen, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109131-12/fragment/page=0004